

ROTKEHLCHEN



Sozialdemokratische Zeitung für Lebach

Dezember 2010

Damit alle teilhaben können - Lebachpass kommt zum 1. Januar

Am 15. April dieses Jahres wurde das komplett sanierte Lebacher Hallenbad wieder eröffnet. Nachdem vor einigen Jahren die Außenfassade aufwändig restauriert worden war, musste nun für rund 5 Mio. € das „Innenleben“ des Bades erneuert werden. Ansonsten hätte die baldige Schließung gedroht.

Angesichts dieser großen Investitionen stimmte die SPD-Fraktion in der Ratssitzung am 29. April einer Erhöhung der Eintrittspreise zu, gab aber gleichzeitig zu bedenken, dass nicht alle Menschen in der Stadt Lebach sich den Besuch des Bades zu diesen Preisen (4 € für Erwachsene bzw. 2 € für Kinder und Jugendliche) leisten könnten. Diesen Menschen solle durch die Einführung eines Sozialpasses (Lebachpass) geholfen werden. Inhaber/innen dieses Passes erhalten eine Ermäßigung von 50% auf den Eintrittspreis zu allen sportlichen und kulturellen städtischen Veranstaltungen. **Armut ist nämlich nicht nur der Mangel an Nahrung und Konsumgütern, sondern auch ein Mangel an Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und sportlichen Leben einer Gemeinschaft. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche.**

Folgende Personengruppen können einen solchen Pass bekommen:

- Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld (Hartz IV) nach dem SGB II
- Empfänger/innen von Sozialhilfe oder von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII
- Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft eines Leistungsempfängers (z.B. Familienangehörige)

Der Lebachpass wird ab 1. Januar 2011 vom Bürgeramt der Stadt nach Vorlage eines entsprechenden Leistungsbescheides der ARGE oder des Sozialamtes ausgestellt und ist jeweils für ein halbes Jahr gültig.

Der Lebachpass gilt gleichzeitig auch als Einkaufsausweis für die Tafel und als Nachweis zum Erhalt des Rabattes von 60% auf die Waren des Fairkaufhauses.



Die **SPD** wünscht allen Menschen in unserer Stadt ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Jahr 2011.

Krankenhaus, Kaserne, Kinderkrippen Drei große Herausforderungen im kommenden Jahr

Noch immer weiß man nicht, wie es mit dem Lebacher **Krankenhaus** weitergeht. Sowohl auf Seiten der Cusanus Trägergesellschaft als auch bei der Marienhaus GmbH hüllen sich die Verantwortlichen in Schweigen darüber, ob die Häuser in Lebach, Losheim und Wadern erhalten bleiben oder zugunsten eines Neubaus geschlossen werden sollen. Wie aus Insiderkreisen zu erfahren war, gibt es derzeit Verhandlungen der Krankenhausträger mit den beiden Kliniken der Maximal-Versorgung im Saarland, Uniklinik Homburg und Winterbergkrankenhaus, über verstärkte Kooperationen, die ein Weiterbestehen der kleineren Häuser ermöglichen könnten, was sich die Menschen in unserer Region dringend wünschen.

Die SPD Lebach dankt allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich in den letzten Monaten per Unterschrift, e-mail oder auf sonstige Art und Weise für den Erhalt unseres Krankenhauses eingesetzt haben. Wir werden weiterhin wachsam sein und Sie informieren!

In der ersten Jahreshälfte 2011 wird Verteidigungsminister zu Guttenberg die Einzelheiten seiner Bundeswehrreform bekanntgeben. Welche Zukunft hat der **Bundeswehrstandort Lebach**? Über dieses Thema und den am 4. Januar beginnenden halbjährigen Afghanistan-Einsatz von Soldatinnen und Soldaten der Saarlandbrigade sprach am 6. Dezember der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Hugo Müller mit Oberstleutnant Thomas Blank.



Hugo Müller mit Oberstleutnant Thomas Blank

Oberstleutnant Blank erläuterte Hugo Müller Überlegungen zur Umgestaltung der Bundeswehr, die derzeit in der Diskussion sind. Hugo Müller sicherte die volle Unterstützung der SPD beim Kampf um den Erhalt des Bundeswehrstandortes Lebach zu.

Die SPD Lebach wünscht allen Soldatinnen und Soldaten der Saarlandbrigade, die in diesen Tagen in den Einsatz gehen, dass sie gesund und wohlbehalten nach Hause zurückkehren.

An der Bildung werde nicht gespart, erklärte die Jamaika-Regierung bei Amtsantritt vor einem Jahr. Und dann beschloss man, die Beitragsfreiheit für das 3. Kindergartenjahr aufzuheben und sich aus der Finanzierung des Kindergarten- und damit Krippenausbaus zurückzuziehen. Für Lebach hätte dies bedeutet, dass wir die geplante Einrichtung von Krippenplätzen in Thalexweiler, Steinbach und Lebach nicht finanzieren und damit auch nicht leisten können. Auf (unseren) wütenden Protest hin hat die Landesregierung nun beschlossen, doch mehr Geld bereitzustellen. Ob dies reichen wird, ist zurzeit noch unklar. Die SPD Lebach bleibt bei ihrer Überzeugung: Bildung und Betreuung unserer Kleinsten müssen Vorrang vor anderen Aufgaben haben. Aus diesem Grund haben wir (erneut) in der Stadtratssitzung am 9.12.2010 der Anhebung der KiTa-Gebühren zum neuen Jahr nicht zugestimmt!

v.i.S.d.s.P:

Anna Schmidt, Am Schützenberg 34, 66822 Lebach

Auflage: 5.800 Stück